

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das „Wilsdruffer Tageblatt“ erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und bei den Postämtern 2 RM. im Monat, bei Zustellung durch die Boten 2,30 RM., bei Postbestellung 3 RM. jährlich. **Wochenblatt für Wilsdruff u. Umgegend** erscheint am Sonntag. Einzelhefte zu je 10 Pf. sind in jeder Zeit bei den Postämtern zu beziehen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Betriebsstörungen besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Abzug des Bezugspreises. — Rücksendung eingeleiteter Hefen erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Abzugspreis: Die 8-spaltige Nummer 20 Pf., die 4-spaltige Seite der amtlichen Bekanntmachungen 40 Reichspfennig, die 3-spaltige Nummer 10 Pf., die 2-spaltige Seite 1 Reichspfennig. Nachdruckgebühren 20 Reichspfennig. Sonstige und Platzanzeigen werden nach Möglichkeit angenommen. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6. Die Redaktion der Zeitung ist in der Geschäftsstelle, die Druckerei in der Poststraße. Abdruck von Zeitungsartikeln ist ohne schriftliche Genehmigung der Redaktion nicht gestattet.

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 253. — 86. Jahrgang. Telegr.-Adr.: „Wilsdruff“ Wilsdruff, Dresden Postfach: Dresden 2840 Freitag, den 28. Oktober 1927

Die öffentliche Finanzgebarung.

Wirtschaftspolitische Gedanken zur Rede Dr. Köhlers.
Die große Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler ist durchflochten von dem roten Faden: nicht bloß die Höhe der Einnahmen, sondern in vieler Beziehung die Höhe der Ausgaben ist abhängig von dem Ergehen unserer Wirtschaft. Er zeigt am Beispiel der Erwerbstätigenfürsorge, deren gewaltige Kosten ja so lange auf Reich, Ländern und Gemeinden gelastet haben, daß sinkende Wirtschaftsjunktur nicht bloß sinkende Einnahme bedeutet, sondern auch steigende Ausgaben verursachen kann. Trotz alledem glaubt er für 1928 sagen zu dürfen, daß die Stabilität des Reichshaushalts trotz steigender Ausgaben für Beamtenbesoldung und Reparationskosten erhalten bleiben wird, selbst dann, wenn die Wirtschaftsjunktur nicht mehr so günstig bleibt wie bisher. Das ist auf der einen Seite eine Beruhigung, auf der anderen Seite eine Mahnung. Eine Beruhigung ist es insofern auch, als im ganzen deutschen Volke die Erklärung des Reichsfinanzministers ein freudiges Echo erregen muß: „Die Reichsregierung ist der Meinung, daß von der Erschließung neuer Steuerquellen keine Rede sein kann, sondern daß die Politik der Steuerentlastung fortgesetzt werden muß.“ Diese Zusage erfolgt allerdings unter der Voraussetzung, daß eine automatisch wirkende Ausgabenminderung letzten Endes die Stabilität des Haushalts untergraben würde mit all den schwerwiegenden Folgen, die sich daraus nicht bloß für den Reichetat selbst, sondern auch für unsere gesamte Wirtschaft ergeben würden.

Einen breiten Raum nahm in der Rede Dr. Köhlers natürlich die Behandlung des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern ein; geht doch an die Länder und Gemeinden mehr als die Hälfte der Reichseinkünfte ab. Die gerade in den letzten Wochen vielfach erörterte Frage der Verwaltungsvereinbarung zweier zweifelslos kostenintensiver Spiel dabel die Hauptrolle, besonders, wenn man weiß, daß hier auch der Reparationsagent einhalte. Dr. Köhler wandte sich unbedingt gegen den stillen Wunsch Parter Gilberts, von Reichs wegen die Länder sozusagen abzuwürgen. Länder und Gemeinden sind geschichtlich Gewordenes, in eine Wirtschaftsentwicklung hineingewachsen, der sie sich nicht wohl verlagern können und bisher auch nicht verlagert haben.“ Der Gefahr des Drucks von außen soll nun dadurch begegnet werden, daß härter als bisher der Zwang zu äußerster Sparsamkeit auf dem Gebiete der öffentlichen Wirtschaft gerade im Interesse der Gesamtwirtschaft empfunden wird und vor allem die daraus entspringenden Folgerungen verwirklicht werden. Daß auf dem Gebiet einer Sparpolitik in Ländern und Gemeinden noch unendlich viel zu tun ist und auch getan werden kann, weiß man ja; manches ist schon geschehen. Aber das Reich kann nicht daran denken, hierbei über die Rolle eines Mahners hinauszugehen. Die berechtigten Bedürfnisse der Länder und Gemeinden zu bedenken, soll grundsätzlich den länder- und gemeindeeigenen Steuern vorbehalten sein, darüber hinausgehende Bedürfnisse des Reichs, durch eine Beaufsichtigung des Reiches ergänzt werden. Das haben schon die Sachverständigen des Dawes-Planes zum Ausdruck gebracht. Der Minister kehrt auf dem Standpunkt, daß die Voraussetzung eines wirklich gerechten Finanzausgleiches zwischen dem Reich auf der einen, den Ländern und den Gemeinden auf der anderen Seite die Klärung des Begriffs der berechtigten Bedürfnisse ist, daß es infolge dessen dem Reich fernliegt, vor einer vollständigen Klärung dieses Bedarfs zu einer Verkürzung der Ländererinnahmen zu schreiben. Dr. Köhler ist sich darüber klar, daß sich eine solche Begriffsklärung nur bei beiderseitigem guten Willen und in der allgemeinen Erkenntnis über die Schwere der finanziellen Lage erreichen läßt, nicht aber etwa durch eine bis in die letzte Gemeinde hineindringende Kontrolle des Reiches. Schützen allerdings muß sich das Reich dagegen, durch eine unvorsichtige Anleihepolitik von Ländern oder Gemeinden in seiner Währung und in seinen Finanzen bedroht zu werden.

„Die Gesamtverschuldung Deutschlands ist zu größter Zurückhaltung wirklich Anlaß.“ — dieser Satz Dr. Köhlers über die Anleihepolitik gilt aber auch für sämtliche Verwaltungsausgaben nicht etwa bloß des Reiches selbst, sondern auch der Länder und der Gemeinden. Wir balancieren in Deutschland auf einem gefährlichen finanziellen Grat, sind aber namentlich den Reparationsverpflichtungen — worauf Dr. Köhler mit besonderer Betonung hinwies — immer gerecht geworden. Und wenn die Ausgaben wuchsen, so diente das in den letzten Jahren dem Aufbau der Wirtschaft, einer Wirtschaft also, die den Dawes-Plan zu tragen hat und die entschlossen ist, das Londoner Abkommen loyal, wenn auch unter schweren Opfern, auszuführen.

Die Gefahr dieser Auswanderung hat bereits von Seiten des Hansabundes zum Vorschlag eines Finanzdiktators geführt, der mit allen Vollmachten ausgestattet sein soll, um das Höchstmaß von Steuerentlastung bei einem Mindestmaß von Belastung durch Vereinfachung der Verwaltung und des Steuerwesens durchzusetzen. Das wäre schließlich das letzte Mittel; aber vorläufig, da eine unmittelbare Gefahr noch nicht zu be-

Gesicherte Wirtschaft

Dr. Curtius über Deutschlands Wirtschaftslage.

Reichsbankpräsident und Auslandsanleihen.

Der Haushaltsausschuß des Reichstages beschäftigte sich nach der Rede des Reichsfinanzministers Dr. Köhler weiter mit der Finanz- und Wirtschaftslage Deutschlands. Nach Ausführungen des Abg. Dr. Hilferding (Soz.), der für langfristige Anleihen eintrat, ergriff

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius

das Wort. Er begründete die Gelegenheit, im Hauptausschuß im Zusammenhang mit der Besoldungsvorlage über Wirtschaftsprüfung zu sprechen zu können, da diese Fragen von der Finanzfrage nicht zu trennen seien. Der Minister erklärte, daß es ihm fernstehe, etwa den Konjunkturpropheten zu spielen. Er hielt es für gefährlich, in der Öffentlichkeit mit Schlagworten die Konjunktur zu klassifizieren. Unsere Konjunktur hänge sozusagen in zwei Ängeln, auf der einen Seite

der Kaufkraft, auf der anderen Seite der Kapitalverjüngung. Was die Kaufkraft anlangt, so glaube der Minister, daß von dieser Seite aus der Konjunktur die geringste Gefahr drohe. Die Wiederaufnahme von fast zwei Millionen Arbeitsloser in den Wirtschaftsprozess, die Lohnverhöhnungen und die Erhöhungen der

eine Vertrauenskrise die verheerendsten Wirkungen haben würde. Die Auslandsverschuldung als solche wird ihrer drohenden Gefahr entleert, wenn man auf die ökonomischen Gründe zurückgeht, die sie herbeigeführt haben. Nach Beendigung des Ruhrkampfes bedurfte Deutschland des ausländischen Kapitalstockes, um das zerstörte Betriebskapital wieder herzustellen. Die Auslandsverschuldung in Höhe von zwei Milliarden ist für die gesamte deutsche Wirtschaft verhältnismäßig gering. Es wird auch das eine klar, daß unsere Wirtschaft in gar keiner Weise gefährdet

ist, daß die Sicherheit über allen Zweifel erhaben ist. Das gleiche gilt auch für die von der öffentlichen Hand aufgenommenen Anleihen, da hinter ihnen die ganze Steuerkraft der Bevölkerung steht.

Unsere Auslandsanleihen sind im großen und ganzen produktiv verwandt worden. Wenn immer auf die Gefahr der kurzfristigen Verschuldung hingewiesen wird, so muß betont werden, daß sich auch auf diesem Gebiete eine durchaus normale Entwicklung vollzieht, wenn man sie nicht durch eigene Krisenmacherie stört.

Die Passivität der Handelsbilanz ist eine Folge der Kapitalbewegung und nichts anderes als der Ausdruck dafür, daß wir in die Notwendigkeit verwickelt worden sind, Auslandskapital in großem Umfang anzunehmen. Unter Anführung eines ausführlichen Zahlenmaterials erklärt dann der Minister, daß die

Entwicklung unserer Exportbilanz keineswegs katastrophal ist, wie das im allgemeinen dargestellt wird. Der Minister beschäftigte sich dann mit der Beratungsstelle für Auslandsanleihen und erklärte, daß augenblicklich noch Verhandlungen mit den Länderregierungen schweben, um sachlicher und organisatorischer Beziehung abzuändern. Die sachliche und organisatorische Beziehung abzuändern. — Die Produktivität und die Dringlichkeit der Aufnahme von Auslandsanleihen soll mehr als bisher in den Vordergrund gestellt werden. Es wird vor allem darauf ankommen, daß wir in dieser neuorganisierten Beratungsstelle zu einem vertrauensvollen Zusammenarbeiten kommen.

Zum Schluß betonte der Minister, daß es darauf ankomme, in der gegenwärtigen Lage

die Nerven zu behalten

und sich allerseits in dem Ziele zu vereinen, die Entwicklung der Wirtschaft weder noch weiter anzufeuern, noch auch sie durch Paniken und Krisenmacherie zum Abstoßen zu bringen. Auch der Reparationsagent sehe, soweit er wisse, auf dem Standpunkt, daß die Lage noch nicht kritisch geworden sei. Wir könnten deshalb durch gemeinsame Anstrengungen und Disziplin die Konjunktur halten. — Nach der Rede des Reichswirtschaftsministers Dr. Curtius machte

Reichsbankpräsident Dr. Schacht

längere Ausführungen, in denen er darauf hinwies, daß die Beratungsstelle für die Auslandsanleihen nur ein Notbehelf und daß sie kein geeignetes Instrument sei, um alle ausgetauchten Probleme zu lösen. Er sei weit davon entfernt, zu leugnen, daß die Gemeinden in Deutschland große produktive Aufgaben hätten. Die Reichsbank hat sich niemals einer Aufnahme von Auslandsanleihen durch die Privatwirtschaft widersetzt.

Die Sperre für Auslandsanleihen

war nur gedacht, um auszuprobieren, wie die Senkung der inländischen Zinssätze sich auswirkte. Der Reichsbankpräsident erklärte dann gegenüber den Befürchtungen im Publikum, daß alle Maßnahmen der Reichsregierung darauf hinausläufen,

die Stabilität der Währung

unbedingt ausrechenbar. Dieses werde auch gelingen, wenn die Reichsbank weiterhin unabhängig bleibe.

Nach dem Reichsbankpräsidenten Schacht sprach der demokratische Abgeordnete Fischer (D.D.). Er behandelte die in der Denkschrift des Hansabundes niedergelegten Auffassungen, namentlich in der Frage, ob es nicht notwendig sein werde,

einen Finanzdiktator

einzusetzen. Er betonte aber gleichzeitig, daß die Demokraten die Besoldungsvorlage unterstützen. Die Beamten dürften nicht unter der sonst verheerenden Finanzpolitik des Reiches leiden. Es wäre seine Aufgabe, Härten und Ungerechtigkeiten, die sich noch in der Regierungsvorlage vorfinden, auszugleichen.

Der Ausschuß vertagte sich dann auf Freitag.



Reichsbankpräsident Dr. Schacht.

Reichswirtschaftsminister Dr. Curtius.

Beamtengehälter sichern von der Seite der Kaufkraft aus die Konjunktur noch auf längere Zeit.

Die Preisbewegung

hat sich keineswegs geändert; sie bewegt sich vielmehr im großen und ganzen nur langsam aufwärts. Ebenso scheint die Depression des Auslandes, das für unseren Export in Frage kommt, allmählich einer gewissen Aufwärtsbewegung zu weichen, so daß, wenn unser Export wieder stärker werden muß, auch das Ausland wieder kaufkräftiger wird. Aber auf der anderen Seite drohen der Konjunktur Schwierigkeiten aus der

Frage der Kapitalbeschaffung.

Der deutsche Kapitalmarkt allein, so führte der Minister weiter aus, ist keineswegs mehr in der Lage, die Konjunktur zu finanzieren. Es wird auch weiterhin eine

Zufuhr von Auslandskapital

zur Durchführung der Aufgabe, die die Konjunktur stellt, notwendig sein. Jedenfalls scheint es mir unerlässlich zu sein, daß wir uns das gegenwärtige Auslandskreditvolumen erhalten. Alle Beteiligten müssen aber die allergrößte Disziplin üben, damit nicht auf dem Gebiete des Vertrauens, das bei jedem Kredit eine große Rolle spielt, eine Krise eintritt. Es ist selbstverständlich, daß für unsere kurzfristige und auch langfristige Verschuldung

fürchten ist, will jedenfalls die Reichsregierung die Hoffnung noch nicht aufgeben, daß schon die Erkenntnis dieser Gefahr dazu führt, die Ausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden auf das wirklich notwendige Mindestmaß zu beschränken, selbst wenn größere oder kleinere Kreise der Bevölkerung davon betroffen werden und darum ihre Unzufriedenheit allzu laut zum Ausdruck bringen.

Rumänische Wirren.

Die Bewegung um den Prinzen Carol. Mehr als es die Regierung in Bukarest zugeben will, scheint sich die innere Lage verschlechtert zu haben. Die Partei für eine Thronbesteigung des Prinzen Carol soll in lebhafter Agitation sein.

Rumänien ist fast vollständig von der übrigen Welt durch strenge Sperrung der Grenzen und der Verkehrs-

mittel abgeschnitten. Die rumänischen Wälder sind fast überall im Auslande ausgeblieben. Wie man in Serbien erfahren haben will, seien um Bukarest bedeutende militärische Kräfte gesammelt. Das Militär stehe auf Carols Seite. Versammlungen und Aufmärsche in den Straßen sind verboten. Die nach Karlsburg einberufene Versammlung der Bauernpartei wurde verboten, da der Ausbruch einer revolutionären Restaurationsbewegung von ihr erwartet wurde.

Die Nachricht, die Königin Maria sei aus dem Lande gestücht, wird als falsch bezeichnet. Die Erklärung des Belagerungszustandes übers ganze Land soll bevorstehen. Die Gesamtopposition gegen das Regime Bratiuna steht unter Leitung des früheren Ministerpräsidenten, General Averescu, der gewollt sein soll, den Prinzen Carol auf den Thron zu setzen.

Was Prinz Carol sagt.

Ein Pariser Zeitungsvertreter hatte in Saint Malo eine